



# Länderindex der Stiftung Familienunternehmen

3. Ausgabe



# Impressum

Herausgeber:



Stiftung Familienunternehmen  
Prinzregentenstraße 50  
D-80538 München  
Telefon: +49 (0) 89 / 12 76 400 02  
Telefax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09  
Email: [info@familienunternehmen.de](mailto:info@familienunternehmen.de)  
[www.familienunternehmen.de](http://www.familienunternehmen.de)

## Bearbeitet von:

Christof Ernst, ZEW  
Lisa Evers, ZEW  
Dr. Friedrich Heinemann, ZEW  
Dr. Margit Kraus; Calculus Consult



Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH  
Dr. Friedrich Heinemann  
L 7,1  
D-68161 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621 1235 149/215  
E-Mail: [heinemann@zew.de](mailto:heinemann@zew.de)  
[www.zew.de](http://www.zew.de)



Calculus Consult  
Dr. Margit Kraus  
Stuifenstraße 8  
73207 Plochingen

Tel./Fax +49 (0) 7153 75846  
E-Mail: [kraus@calculus-consult.com](mailto:kraus@calculus-consult.com)  
[www.calculus-consult.com](http://www.calculus-consult.com)

© Stiftung Familienunternehmen, München 2010

Abdruck und Auszug mit Quellenangabe

ISBN 978-3-942467-00-1

## Vorwort

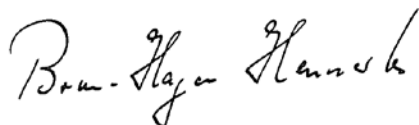
Welche Standortbedingungen bietet Deutschland seinen Familienunternehmen im internationalen Vergleich? Was tun andere Länder, um Familienunternehmen angemessene Bedingungen anzubieten? Welche konkreten Verbesserungspotenziale lassen sich für die deutsche Politik daraus ableiten? Diese Fragen beantwortet der vorliegende „Länderindex Familienunternehmen“, der auf Datenbasis der letzten beiden Jahre erstellt wurde und nun zum dritten Mal in Folge von der Stiftung Familienunternehmen aktualisiert vorgelegt wird.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise hat das ZEW für die jüngste Aktualisierung den Kanon der Indizes um den Index „Krisenanfälligkeit“ der Staaten erweitert. Hier kann sich Deutschland im internationalen Vergleich positiv hervorheben, da es über eine robuste Außenwirtschaft und eine stabile Makroökonomie verfügt; in der Gesamtschau jedoch erreicht Deutschland innerhalb der 18 untersuchten OECD Staaten in Bezug auf seine Standortbedingungen für Familienunternehmen dennoch einen vergleichbar schlechten elften Platz.

Familienunternehmen sind der dominierende Unternehmenstypus in der deutschen Unternehmenslandschaft und haben entscheidend dazu beigetragen, dass Deutschland die schwierige weltweite konjunkturelle Lage besser gemeistert hat als viele andere Industrienationen. Trotzdem ist das Leitbild der deutschen Wirtschaftspolitik nach wie vor nicht - ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung entsprechend - an Familienunternehmen ausgerichtet, wie ein Blick auf die vorliegenden Ergebnisse zeigt.

Der „Länderindex Familienunternehmen“ dokumentiert als Benchmark-Studie die Veränderungen der Standortbedingungen und ist somit auch eine Messlatte für die Politik. Darüber hinaus ist der Länderindex aber auch eine hilfreiche Orientierungshilfe für Familienunternehmen, die internationale Standortstrategien verfolgen.

Wir hoffen, mit der vorliegenden Studie wertvolle Anregungen für diejenigen zu geben, die in unserem Land Verantwortung für Wirtschaft und Politik geben.



Prof. Dr. Dr. h.c. Brun-Hagen Hennerkes  
Vorstand Stiftung Familienunternehmen



## Kurzfassung

Familienunternehmen spielen für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in der Europäischen Union, eine zentrale Rolle. Der Anteil der familienkontrollierten Unternehmen an allen deutschen Unternehmen beträgt 93 Prozent, wobei in diesen Unternehmen mehr als die Hälfte der deutschen Beschäftigten aktiv sind. Im Hinblick auf die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 ist daher das Urteil gerechtfertigt, dass gerade die Familienunternehmen zur guten Arbeitsmarktentwicklung vor der Krise beigetragen und damit die Voraussetzung dafür geschaffen haben, dass der deutsche Arbeitsmarkt so robust durch die Zeit der akuten Rezession gekommen ist. Rationale Wirtschaftspolitik ist somit gut beraten, den Standortbedingungen dieser Unternehmen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Diese Studie beinhaltet die zweite Fortschreibung des Länderindex der Stiftung Familienunternehmen nach der Erstpublikation im Jahr 2006 und einem ersten Update im Jahr 2008. Der Länderindex der Stiftung Familienunternehmen ist der erste umfassende und auf die spezifischen Bedürfnisse von Familienunternehmen zugeschnittene internationale Standortvergleich. Unter dem Begriff „Familienunternehmen“ werden in der vorliegenden Studie Unternehmen verstanden, bei denen unabhängig von der Rechtsform die mehrheitliche Kontrolle durch eine Familie ausgeübt wird, wobei familienfremdes Management zulässig ist. Im Focus stehen vor allem Unternehmen, die (im industriellen Bereich) ein Umsatzvolumen von mindestens 100 Mio. Euro aufweisen. Über den unmittelbaren Vergleich der Standortbedingungen hinaus erfüllt die vorliegende Studie aber auch eine Servicefunktion für Familienunternehmen. Indem vielfältige, für Familienunternehmen relevante Standort-Details komprimiert dokumentiert werden, dient die Studie als ein aktuelles Kompendium der Bedingungen, die Familienunternehmen an unterschiedlichen Standorten vorfinden.

Die Neuberechnung erfolgt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Bewältigung der im Jahr 2008 ausgebrochenen Finanz- und Wirtschaftskrise überall in Wirtschaft und Politik noch in vollem Gang ist. Familienunternehmen zeigen sich in dieser Krise aufgrund ihrer spezifischen Stärken zwar als besonders anpassungsfähig. So sind wegen der hohen Identifikation der Arbeitnehmer mit Familienunternehmen vorübergehende Anpassungen etwa bei den Arbeitskosten leichter möglich als bei Kapitalgesellschaften mit anonymen Besitzverhältnissen. Gleichwohl hat die Krise auch die Märkte vieler familienkontrollierter und -geführter Unternehmen erheblich beeinträchtigt. In vielen Branchen ist nicht damit zu rechnen, dass in absehbarer Zeit wieder die Umsätze aus der Vorkrisen-Ära erzielbar sein werden. In dieser Situation ist es von besonderer Bedeutung, dass der Standort Deutschland aus Sicht von Familienunternehmen international konkurrenzfähig bleibt. Andernfalls könnten Unternehmen krisenbedingt der Option der Standortverlagerung erneut eine wachsende Aufmerksamkeit schenken. Um den Auswirkungen der Krise Rechnung zu tragen, geht diese Studie über eine reine Fortschreibung hinaus: Dem Länderindex wird ein Krisenindex zur Seite gestellt, der Auskunft über die

Krisanfälligkeit und Krisenverarbeitungsfähigkeit der betrachteten Länder gibt. Auf diese Weise wird aufgezeigt, in welchen Ländern aus Sicht von Familienunternehmen künftig eher mit einer Verschlechterung von Standortbedingungen zu rechnen ist.

## Der Länderindex der Stiftung Familienunternehmen

Der „Länderindex der Stiftung Familienunternehmen“ basiert auf fünf Teilindikatoren, die die Standortqualität der untersuchten Länder in den Themengebieten „Steuern“, „Arbeitskosten, Produktivität und Humankapital“, „Regulierung“, „Finanzierung“ und „Öffentliche Infrastruktur“ messen. Aus diesen Teilindikatoren wird ein Gesamtindex gebildet, der die Standortbedingungen für Familienunternehmen in den betrachteten Ländern vergleichend darstellt. Der Gesamtindex errechnet sich als gewogener Durchschnitt der Teilindizes. Wie bereits im Update 2008 werden folgende Länder berücksichtigt: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Tschechische Republik, die USA und das Vereinigte Königreich.

**Tabelle 1: Länderindex der Stiftung Familienunternehmen**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010	Punktwert 2008	Rang 2008
Dänemark	68,17	1	66,82	1
Vereinigtes Königreich	67,66	2	66,80	2
Schweiz	67,31	3	64,96	3
Luxemburg	66,26	4	62,97	5
Finnland	64,85	5	64,42	4
USA	62,77	6	60,59	7
Schweden	62,10	7	61,27	6
Irland	61,85	8	59,32	8
Niederlande	61,30	9	56,60	9
Slowakei	53,33	10	55,49	10
<b>Deutschland</b>	<b>53,30</b>	<b>11</b>	<b>53,08</b>	<b>11</b>
Österreich	53,15	12	52,06	12
Frankreich	52,67	13	48,68	13
Spanien	49,98	14	46,52	15
Belgien	49,51	15	46,96	14
Tschechien	48,89	16	45,25	16
Polen	45,79	17	39,76	17
Italien	32,49	18	33,14	18

Quelle: Berechnungen von ZEW und Calculus Consult

Aufgrund seiner Konstruktion kann der Länderindex der Stiftung Familienunternehmen Werte im Bereich zwischen Null und 100 annehmen, wobei höhere Werte eine günstigere Bewertung der jeweiligen Standortbedingungen für Familienunternehmen kennzeichnen. Die Werte des resultierenden Gesamtindex und die zugehörigen Rangplätze für die untersuchten Länder sind in Tabelle 1 zusammengestellt.

Sowohl im Länderindex 2010 als auch im Länderindex 2008 wird die Rangliste von Dänemark angeführt. Diesen Spitzenplatz verdankt das Land vor allem sehr guten Ergebnissen in den Bereichen „Öffentliche Infrastruktur“, „Finanzierung“ und „Regulierung“. Im Bereich „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ liegt das Land im Mittelfeld, im Bereich „Steuern“ hingegen im unteren Bereich der Rangliste. Mit geringem Abstand folgt auf Rang 2 das Vereinigte Königreich, was vor allem durch sehr gute Resultate in den Bereichen „Regulierung“, „Finanzierung“ und „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ verursacht ist. Die Schwachstellen sind hier die Besteuerung und die öffentliche Infrastruktur. Auf den Plätzen 3 bis 5 folgen die Schweiz, Luxemburg und Finnland.

Deutschland liegt mit dem elften Rang im Mittelfeld und konnte damit gegenüber dem Länderindex 2008 die Position trotz verschlechterten Ergebnissen in den Bereichen „Öffentliche Infrastruktur“ und „Finanzierung“ die Position noch halten.

Am Ende der Rangliste liegen auch in diesem Jahr wieder mit deutlichem Abstand Polen und Italien. Italien hat hierbei im Bereich Steuern noch die besten Ergebnisse, liegt jedoch in allen anderen Bereichen auf einem der letzten drei Ränge. Polen weist bei der Besteuerung und im Bereich „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ vergleichsweise gute Ergebnisse auf, ist aber in den restlichen drei Bereichen sehr schlecht platziert.

## Steuern

Die Besteuerung spielt bei der Beurteilung der Standortentscheidungen auch für Familienunternehmen eine große Rolle. Zudem weisen Familienunternehmen einige Besonderheiten bezüglich der Besteuerung auf. So werden sie in einigen Staaten durch spezielle steuerliche Regelungen begünstigt. In der Studie wird deshalb ein Index zur Steuerbelastung von Familienunternehmen im internationalen Vergleich ausgewiesen. Der Index basiert auf vier Teilindikatoren, die die Besteuerung bei laufender nationaler Geschäftstätigkeit, im Erbfall und bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit sowie die Komplexität des Steuersystems ausweisen.

Der Indikator zur Steuerbelastung bei nationaler Geschäftstätigkeit basiert auf der Messung effektiver Durchschnittssteuerbelastungen. Diese geben an, um wie viel sich eine finanzielle Gewinngröße – in dieser Studie der Vermögenswert – einer rentablen Investition durch Steuerbelastungen vermin-

dert. Dieses Maß gilt als das für Standortentscheidungen entscheidende. Die entsprechenden Berechnungen werden mit dem am ZEW und der Universität Mannheim entwickelten Simulationsprogramm European Tax Analyzer durchgeführt. Mit diesem Instrumentarium ist es möglich, spezifische ökonomische Merkmale von Familienunternehmen sowie sämtliche entscheidungsrelevanten steuerlichen Faktoren auf Unternehmens- und Anteilseignerebene in die Berechnungen einzubeziehen. Für die Messung der effektiven Erbschaftsteuerbelastung im internationalen Vergleich ist das Leitbild ein „unvorbereiteter Erbfall“. Die Untersuchung konzentriert sich somit auf die Besteuerung des Vermögensübergangs im Todesfall. Auch zur Ermittlung des Indikators zur Steuerbelastung im Erbfall kann auf ein am ZEW entwickeltes Berechnungsmodell zurückgegriffen werden, bei dem einerseits den spezifischen Merkmalen von Familienunternehmen Rechnung getragen wird und andererseits sämtliche erbschaftsteuerlich relevanten Regelungen Berücksichtigung finden. Die Beurteilung der steuerlichen Standortbedingungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen erfolgt anhand eines überwiegend qualitativen Vergleichs, in dem ausgewählte Regelungen, die entweder bei ausländischen Investitionen im Inland oder inländischen Investitionen im Ausland von Bedeutung sind, einbezogen werden. Die einzelnen steuerlichen Einflussfaktoren werden bewertet, entsprechend ihrer Bedeutung gewichtet und zum Indikator für steuerliche Regelungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit zusammengeführt. Schließlich wird ein Indikator zur Erfassung der Komplexität des Steuersystems berücksichtigt. Dieser Aspekt der Besteuerung ist besonders in jüngerer Zeit ein ständig wiederkehrendes Thema in steuerpolitischen Diskussionen und stellt sowohl im Hinblick auf den Aufwand zur Erfüllung steuerrechtlicher Verpflichtungen als auch hinsichtlich unternehmerischer Planungsentscheidungen einen nicht zu unterschätzenden Kostenfaktor für Familienunternehmen dar. Als Indikator für den Aufwand, der aufgrund der Komplexität des Steuersystems für Unternehmen entsteht, wird die Zeiterfordernis zur Erfüllung der steuerlichen Verpflichtungen verwendet.

Zur Berechnung des Subindex Steuern werden die Informationen aus den Bereichen „Steuerbelastung bei laufender nationaler Geschäftstätigkeit“, „Steuerbelastung im Erbfall“, „Steuerliche Regelungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit“ und „Komplexität des Steuersystems“ mit unterschiedlicher Gewichtung aggregiert. Die Steuerbelastung bei nationaler Geschäftstätigkeit bestimmt aufgrund ihrer großen Bedeutung bei Standortentscheidungen den Gesamtindex zu 50 Prozent. Dem Bereich Steuerbelastung im Erbfall wird wegen des zugrunde liegenden aperiodischen Sachverhalts nur ein Gewicht von 30 Prozent zugeordnet. Aufgrund seiner bei Standortentscheidungen eher untergeordneten Bedeutung wird der Bereich zu steuerlichen Regelungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit schließlich mit 10 Prozent im Gesamtindex berücksichtigt. Ebenfalls mit 10 Prozent Gewicht geht der Indikator „Komplexität des Steuersystems“ in die Berechnung ein. Die Ergebnisse des Subindex „Steuern“ sind in Tabelle 2 ausgewiesen. Der Index kann Werte im Bereich zwischen Null und 100 annehmen, wobei höhere Indexwerte als bessere steuerliche Rahmenbedingungen zu interpretieren sind.

**Tabelle 2: Subindex Steuern**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010	Punktwert 2008	Rang 2008
Slowakei	87,97	1	88,30	1
Schweden	80,15	2	76,96	2
Luxemburg	76,25	3	75,93	3
Polen	75,82	4	75,68	4
Tschechien	68,79	5	64,61	7
Irland	66,32	6	65,53	6
Finnland	66,21	7	67,60	5
Vereinigtes Königreich	63,98	8	63,70	8
Spanien	62,21	9	45,26	14
Schweiz	59,15	10	52,98	11
Niederlande	57,79	11	44,30	15
Österreich	54,85	12	55,79	9
<b>Deutschland</b>	<b>53,22</b>	<b>13</b>	50,41	12
Italien	53,06	14	54,70	10
Dänemark	48,36	15	48,40	13
Frankreich	40,53	16	35,65	17
Belgien	38,63	17	39,93	16
USA	33,30	18	32,63	18

Quelle: Berechnungen von ZEW und Calculus Consult

An der Spitze liegen die Slowakische Republik, Schweden und Luxemburg. Auch Polen, die Tschechische Republik, Irland und Finnland befinden sich auf vorderen Plätzen. Die vorteilhaften steuerlichen Rahmenbedingungen in der Slowakischen Republik, in der Tschechischen Republik und in Polen beziehen sich vor allem auf die steuerlichen Regelungen bei nationaler laufender Geschäftstätigkeit, wo die Slowakische Republik, die Tschechische Republik und Polen die ersten Plätze belegen. Die Slowakische Republik erhebt zudem keine Erbschaftsteuer, in Polen und in der Tschechischen Republik sind Ehegatten und Kinder von der Erbschaft- und Schenkungssteuer befreit, wodurch alle drei Staaten ihre gute Position untermauern können. Im Gegensatz dazu belegt die Tschechische Republik in Bezug auf die Komplexität des Steuersystems und die steuerlichen Regelungen bei grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit den letzten Rang. Auch Polen und die Slowakische Republik schneiden in diesen beiden Teilaspekten schlecht oder durchschnittlich ab. Schweden positioniert sich auf dem zweiten Platz. Ursache dafür ist vor allem die Platzierung auf dem ersten Rang bei der Erbschaftsteuerbelastung (gemeinsam mit einer Reihe von Staaten, die ebenfalls keine Erbschaftsteuer erheben oder Erbschaften von Ehegatten oder Kindern freistellen) und der Komplexität des Steuersystems. Die vergleichsweise günstigen steuerlichen Regelungen bezüglich nationaler und grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit sichern die gute Positionierung Schwedens im Gesamt-Ranking. Luxemburg belegt

den dritten Rang, was neben moderater steuerlicher Regelungen bei nationaler und grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit und vorteilhafter erbschaftsteuerlicher Regelungen auch auf den Spitzenrang im Hinblick auf die Komplexität des Steuersystems zurückzuführen ist. Etwas bessere steuerliche Rahmenbedingungen als Deutschland weist auch Österreich auf. Allerdings ist die Steuerbelastung bei nationaler Geschäftstätigkeit sowie die Erbschaftsteuerbelastung höher als in Deutschland, während die Positionierung in Bezug auf die grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit und die Komplexität des Steuersystems deutlich bzw. etwas besser ist.

Deutschland belegt im Länderranking Platz 13 von 18 und liegt damit im unteren Mittelfeld. Die Position Deutschlands in den einzelnen Teilbereichen ist dabei in etwa gleich (Rang 12, 14, 15 und 11). Die Schweiz (Kanton Zürich) liegt drei Rangplätze vor Deutschland, im Wesentlichen weil diese im Bereich der Besteuerung der nationalen Geschäftstätigkeit zwar hinter Deutschland, bei der Erbschaftsteuer und der Komplexität des Steuersystems aber mit an der Spitze liegt. Einen Rangplatz hinter Deutschland liegt Italien, vor allem bedingt durch die höhere Belastung im Rahmen der nationalen Geschäftstätigkeit und die schlechtere Positionierung in Bezug auf die Komplexität des Steuersystems.

Die schlechtesten steuerlichen Rahmenbedingungen herrschen im vorliegenden Ländervergleich in den USA. Ausschlaggebend hierfür sind die zweithöchste Erbschaftsteuerbelastung sowie vergleichsweise schlechte Positionierungen in Bezug auf die anderen drei Teilaspekte. Die beiden Plätze vor den USA belegen Belgien und Frankreich. Belgien weist insbesondere die höchste effektive Erbschaftsteuerbelastung auf, während Frankreich durch die höchste effektive Steuerbelastung bei nationaler Geschäftstätigkeit auffällt.

## Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital

Arbeitskosten, Arbeitsproduktivitäten und die Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften sind wichtige Indikatoren für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität eines Landes. Über die Arbeitskosten wird der Preis erfasst, den der Unternehmer für den Arbeitseinsatz seiner Beschäftigten zahlen muss. Arbeitsproduktivität und Humankapital dagegen sind entscheidend dafür, welche Leistung und Qualität der Unternehmer für diesen Preis erhält. Der Subindex „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ basiert auf fünf Einzelindikatoren, die entscheidende Informationen zu diesen Standortfaktoren messen.

Im Hinblick auf die Arbeitskosten werden für den Länderindex der Stiftung Familienunternehmen die Brutto-Arbeitskosten je Stunde für Arbeitnehmer im verarbeitenden Gewerbe verwendet. Sie setzen sich zusammen aus dem direkten Stundenlohn und den Personalzusatzkosten. Der Direktlohn umfasst das Entgelt für geleistete Arbeit einschließlich der Überstundenzuschläge, Schichtzulagen und regelmäßig gezahlter Prämien. Die Zusatzkosten setzen sich aus den übrigen direkten Kosten, die im Jah-

resverdienst enthalten sind, und den indirekten Kosten zusammen. Zu den direkten Zusatzkosten zählen unter anderem die Entlohnung für arbeitsfreie Tage (Urlaub und Feiertage), Sonderzahlungen (beispielsweise das Weihnachtsgeld), sonstige Geldzuschüsse und Naturalleistungen. Als indirekte Kosten werden die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, sonstige Aufwendungen sozialer Art und die Kosten der Berufsausbildung verbucht.

Da hohe Arbeitskosten üblicherweise mit einer hohen Produktivität einhergehen, ist der reine Arbeitskostenvergleich durch einen Vergleich von Produktivitätsunterschieden zu ergänzen. In die Berechnung des Subindex „Arbeitskosten, Produktivität und Humankapital“ geht daher das gesamtwirtschaftliche Produktivitätsniveau, gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro gearbeitete Stunde in Euro, als weiterer Indikator ein.

Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte kann für den erfolgreichen Transfer von Technologie und Know-How ein wichtiger Faktor sein. Entsprechend werden im Subindex „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ gängige und gut verfügbare Humankapitalindikatoren berücksichtigt. Aus Gründen der Datenverfügbarkeit müssen sich die Indikatoren allerdings auf den Bereich der formalen Bildung beschränken. Als Maß für den Ressourceneinsatz im Schulsystem gehen die öffentlichen und privaten Bildungsausgaben als Anteile an der gesamten Wertschöpfung (BIP) ein. Zur Messung der Qualität des Schulsystems werden ferner aussagekräftige Ergebnisse der Schulleistungsstudie PISA berücksichtigt. Neben diesen zukunftsorientierten Indikatoren wird ein Indikator zum gegenwärtigen Ausbildungsniveau der erwerbsfähigen Bevölkerung einbezogen, der den prozentualen Anteil der 25- bis 64-jährigen mit tertiärem Bildungsabschluss misst.

Die Ergebnisse des Ländervergleichs zum Themengebiet „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ sind in Tabelle 3 dargestellt. Der Subindex „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ kann Werte zwischen Null und 100 annehmen, wobei die Indexwerte mit zunehmender Standortattraktivität steigen. In den Subindex „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ gehen die beiden Bereiche Arbeitskosten und Produktivität sowie der Bereich des Humankapitals mit jeweils einem Drittel ein. Innerhalb des Bereichs „Humankapitals“ werden die Höhe der Bildungsausgaben, die PISA-Ergebnisse sowie das Bildungsniveau der Bevölkerung gleich gewichtet berücksichtigt.

Auch im Ländervergleich 2010 sind die USA, Finnland und Irland die attraktivsten Standorte, wenn es um wettbewerbs- und leistungsfähige sowie hoch qualifizierte Arbeitskräfte geht. Deutschland befindet sich wie schon im Länderindex 2008 auf dem sechzehnten Rang. Hinter Deutschland rangieren Österreich und Italien. Die größten Veränderungen in positiver Richtung sind in der Schweiz zu beobachten, die sich von Platz 13 auf Platz 9 verbessern konnte. Dies ist vor allem auf bessere Werte bei den Bildungsausgaben und beim Bildungsniveau der erwerbstätigen Bevölkerung zurückzuführen.

**Tabelle 3: Subindex Arbeitskosten, Produktivität und Humankapital**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010	Punktwert 2008	Rang 2008
USA	55,26	1	54,25	1
Finnland	50,32	2	51,03	2
Irland	49,49	3	49,96	3
Vereinigtes Königreich	47,24	4	44,59	7
Luxemburg	46,50	5	46,03	6
Dänemark	46,32	6	49,95	4
Polen	46,09	7	46,10	5
Niederlande	45,32	8	44,19	8
Schweiz	41,02	9	40,31	13
Belgien	40,98	10	42,40	10
Slowakei	40,49	11	41,99	11
Spanien	40,15	12	40,06	15
Schweden	39,99	13	42,62	9
Tschechien	39,90	14	40,58	12
Frankreich	39,61	15	40,22	14
<b>Deutschland</b>	<b>33,67</b>	<b>16</b>	<b>35,40</b>	<b>16</b>
Österreich	33,54	17	33,55	17
Italien	29,25	18	29,13	18

Quelle: Berechnungen von Calculus Consult

Verbesserungen um drei Rangplätze gab es für das Vereinigte Königreich (vom siebten auf den vierten Rang) und Spanien (vom 15. auf den zwölften Rang). Im Fall des Vereinigten Königreichs ist dies vor allem durch einen Rückgang der Arbeitskosten sowie deutlich verbesserte Werte bei den Bildungsindikatoren verursacht. Der Rückgang der Arbeitskosten ist hierbei durch eine Abwertung des britischen Pfund beeinflusst. Im Fall von Spanien ist die Verbesserung durch ein relatives Abrutschen der in der Rangliste benachbarten Länder verursacht.

Verschlechterungen gab es vor allem für Schweden, das bedingt durch schlechtere Werte bei den Bildungsausgaben, dem Bildungsniveau der erwerbstätigen Bevölkerung und der Produktivität vier Rangplätze einbüßte und auf Rang 13 zurückfiel. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass Rangänderungen zwischen dem neunten und 15. Rang nicht überbewertet werden sollten: Die Länder liegen in diesem Bereich, was die Punktwerte angeht, sehr dicht beieinander, so dass die Anzahl der gewonnenen oder verlorenen Ränge eine größere Veränderung suggeriert, als dies gemessen an den zugrunde liegenden Daten tatsächlich der Fall ist.

## Regulierung

Die Regulierungsdichte einer Volkswirtschaft ist besonders für mittelständische Unternehmen von erheblicher Bedeutung. Im Vergleich zu Großunternehmen fallen diesbezügliche Kosten stärker ins Gewicht. Von Interesse sind Informationen über die Arbeitsmarkt-, Produktmarkt- und Tarifrechtregulierung sowie über Beschränkungen der allgemeinen Geschäftstätigkeit („Doing Business“) und Regelungen zur betrieblichen Mitbestimmung.

Die Regulierung des Arbeitsmarktes betrifft insbesondere den Kündigungsschutz und die Regelungen zur Einstellung von Arbeitnehmern. Im Hinblick auf das Tarifrecht wird berücksichtigt, inwiefern die Unternehmen in den einzelnen Ländern Einfluss auf die Lohnsetzung haben, d.h. ob die Lohnsetzung weitgehend durch Flächentarifverträge auf zentraler Ebene geregelt wird, oder ob jedes Unternehmen individuelle Vereinbarungen mit seinen Mitarbeitern treffen kann. Hinsichtlich der Regulierungen des nationalen Produktmarktes wird die staatliche Kontrolle über Märkte in Form von Staatsunternehmen oder durch Preiskontrollen berücksichtigt. Weiterhin werden Schwierigkeiten für Unternehmer in Form von administrativen Hürden wie aufwendigen Genehmigungsverfahren einbezogen, ebenso Hürden bei der Unternehmensgründung und Wettbewerbseinschränkungen durch die Zulassung von Kartellen. Ferner werden international wirkende Regelungen wie Hürden für ausländische Investoren oder Maßnahmen zur Eindämmung des Außenhandels durch Zölle erfasst.

Beschränkungen der allgemeinen Geschäftstätigkeit („Doing Business“) beziehen sich auf Regelungen zur Geschäftsgründung, zur Rechtssicherheit und der Durchsetzung von Verträgen, zu Im- und Exportbestimmungen, sowie Umweltschutzbestimmungen. Bei der Geschäftsgründung werden Aufwand und Dauer ebenso wie die entstehenden Kosten einbezogen. Die Rechtssicherheit wird anhand der Kriterien Aufwand, Dauer und Kosten der Durchsetzung von Vertragsstreitigkeiten beurteilt. Gerade für Unternehmen, die über keine große eigene Rechtsabteilung verfügen, ist dieser Punkt oftmals von immenser Wichtigkeit. Im Bereich Im- und Exportbestimmungen wird der Umfang der Regulierungen des Außenhandels berücksichtigt, was in Zeiten fortschreitender Globalisierung auch für Familienunternehmen von immer größerer Bedeutung ist. Auch Umweltschutzbestimmungen sind für viele Unternehmen bei der Standortwahl von nicht zu unterschätzender Relevanz und werden daher an dieser Stelle untersucht. Für die betriebliche Mitbestimmung wurden die einschlägigen gesetzlichen Regelungen zur betrieblichen Mitbestimmung in allen Ländern recherchiert und in einen aussagekräftigen Index umgesetzt, der die Regulierungsdichte in diesem Bereich abbildet. Dabei wurde den Regelungen zur Freistellung von Arbeitnehmern für die Tätigkeit als Arbeitnehmervertreter sowie den Rechten der Arbeitnehmervertretungen bei Einstellung und Entlassung von Mitarbeitern und bei der innerbetrieblichen Vereinbarung von Löhnen und Gehältern wegen ihrer hohen Kostenrelevanz besonderes Gewicht eingeräumt. Die Teilproblemfelder „Arbeitsmarkt“, „Tarifrecht“, „Produktmarkt“, „Doing Business“ und „Betriebliche Mitbestimmung“ werden mit jeweils 20 Prozent gewichtet. Tabelle 4 zeigt

die Ergebnisse des Subindex Regulierung. Die Indexwerte können Werte zwischen Null und 100 annehmen und steigen mit abnehmendem Grad der Regulierung.

**Tabelle 4: Subindex Regulierung**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010	Punktwert 2008	Rang 2008
USA	94,26	1	92,32	1
Vereinigtes Königreich	80,67	2	81,02	2
Dänemark	80,22	3	79,82	3
Schweiz	74,18	4	76,43	4
Frankreich	62,41	5	54,86	9
Finnland	60,69	6	57,80	7
Irland	59,94	7	57,51	8
Luxemburg	54,54	8	58,58	6
Slowakei	52,47	9	65,19	5
Tschechien	49,78	10	49,70	10
Niederlande	48,14	11	44,03	12
Belgien	48,06	12	40,21	14
Schweden	47,67	13	47,29	11
Spanien	41,56	14	42,34	13
Polen	40,21	15	35,62	15
Italien	32,49	16	27,69	17
<b>Deutschland</b>	<b>31,93</b>	<b>17</b>	<b>27,44</b>	<b>18</b>
Österreich	30,15	18	35,43	16

Quelle: Berechnungen von ZEW und Calculus Consult

Mit deutlichem Abstand am Ende der Rangliste liegen auch im Länderindex 2010 wieder Italien, Deutschland und Österreich. Deutschland befindet in diesem Jahr auf dem vorletzten Rang und konnte damit gegenüber dem Länderindex 2008 die Platzierung um einen Rang verbessern. Das Schlusslicht der Rangliste bildet nun Österreich. Auch Polen und Spanien sind als stark regulierte Länder einzuschätzen. Das Land mit der geringsten Regulierungsintensität sind nach wie vor die USA, gefolgt vom Vereinigten Königreich, Dänemark und der Schweiz. Die größten Veränderungen gegenüber dem Länderindex 2008 sind in Frankreich zu beobachten, das sich um vier Rangplätze verbessern konnte, sowie in der Slowakei, die sich um vier Rangplätze verschlechterte. In Frankreich ist dies vor allem auf bessere Ergebnisse im Bereich „Doing Business“, in der Slowakei auf deutlich schlechtere Resultate bei der Regulierung des Arbeitsmarkts und der Produktmärkte sowie im Tarifrecht zurückzuführen.

## Finanzierung

Die Finanzierung ist für Familienunternehmen häufig ein wesentliches Hemmnis für das Wachstum. Problematisch ist vor allem die Einlagen- bzw. Beteiligungsfinanzierung, da Informationen für potentielle Investoren häufig wenig transparent und die Aufnahme von Eigenkapital häufig auch mit einem Verlust an Unabhängigkeit verbunden sind. Die Effizienz der heimischen Kapitalmärkte, die Verfügbarkeit und die Konditionen der Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung sind daher ein wichtiger Erfolgsfaktor für Familienunternehmen. Um die Unabhängigkeit des Unternehmens zu gewährleisten und eine kostengünstige Finanzierung zu erhalten, haben Familienunternehmen bisher ganz überwiegend auf den klassischen Bankkredit zurückgegriffen. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten, etwa in Form von Corporate Bonds, Mezzaninekapital, Private Equity oder eines Börsengangs (IPO) spielen im Vergleich eine sehr untergeordnete Rolle, da sie häufig mit beträchtlichen Kosten verbunden sind und aus Sicht der Familienunternehmen den Nachteil haben, dass Familienfremde in die Entscheidungsfindung der Gesellschaft einbezogen werden müssen.

Wegen der bisher sehr zurückhaltenden Nutzung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten ist die Datenbasis in diesem Bereich bislang sehr unzureichend. Der Subindex für den Themenbereich Finanzierung konzentriert sich daher vor allem auf die Bedingungen Kreditvergabe. Er basiert auf vier verschiedenen Variablen. Zum einen wird gemessen, wie gut die Unternehmen in den einzelnen Ländern mit Krediten versorgt werden. Dazu wird eine Indikatorvariable verwendet, die das Kreditvolumen an die Nichtbank-Unternehmen ins Verhältnis setzt zu der Wirtschaftsleistung des jeweiligen Landes (Bruttoinlandsprodukt bzw. BIP). Des Weiteren fließen Indikatoren in die Berechnung des Indexes ein, die die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe näher beschreiben. Diese Variablen haben insofern eine hohe Bedeutung, als ein wenig leistungsfähiges Insolvenzrecht, eine ineffiziente Gerichtsbarkeit zur Durchsetzung von Kreditforderungen und eine geringe Transparenz des jeweiligen Marktes die Kreditvergabe erheblich beeinträchtigen kann.

Die einzelnen Indikatoren werden mit einem Gewicht von jeweils 25 Prozent zum Subindex „Finanzierung“ aggregiert. Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse zum Subindex Finanzierung. Der Index kann Werte zwischen Null und 100 annehmen, wobei ein hoher Wert für einen guten Zugang der Familienunternehmen zu externer (Kredit-)Finanzierung, ein geringer Wert für einen vergleichsweise schlechten Zugang zu Krediten steht.

Auch in der Aktualisierung des Subindex „Finanzierung“ für das Jahr 2010 sind wiederum das Vereinigte Königreich, die USA, Dänemark und Irland die Spitzenreiter des Ländervergleichs. Deutschland befindet sich in der aktuellen Rangliste auf Rang 9 und hat damit gegenüber dem Länderindex 2008 vier Rangplätze eingebüßt. Dies ist vor allem einer relativen Verschlechterung bei der Kreditversorgung und im Gläubigerschutz geschuldet. Weiterhin auf den letzten Plätzen befinden sich Polen,

Tschechien und Italien, wo die Finanzierungsbedingungen für Familienunternehmen weiterhin besonders ungünstig sind.

**Tabelle 5: Subindex Finanzierung**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010	Punktwert 2008	Rang 2008
Vereinigtes Königreich	96,74	1	91,30	1
USA	91,98	2	87,62	2
Dänemark	89,47	3	77,27	3
Irland	84,18	4	76,41	4
Schweiz	81,54	5	72,70	7
Spanien	75,15	6	71,26	8
Österreich	74,68	7	65,76	9
Niederlande	74,26	8	74,77	6
<b>Deutschland</b>	<b>73,22</b>	<b>9</b>	<b>76,33</b>	<b>5</b>
Frankreich	66,65	10	59,73	11
Finnland	66,44	11	63,82	10
Luxemburg	62,94	12	49,32	14
Belgien	60,11	13	49,00	15
Slowakei	59,39	14	55,95	13
Schweden	56,55	15	57,98	12
Polen	52,86	16	29,98	18
Tschechien	50,92	17	42,98	16
Italien	29,65	18	30,21	17

Quelle: Berechnungen von Calculus Consult

Neben dem Abrutschen Deutschlands um vier Rangplätze ist die größte Veränderung gegenüber dem Länderranking 2008 für Schweden zu verzeichnen, das ebenfalls drei Rangplätze eingebüßt hat. Um jeweils zwei Rangplätze verbessern konnten sich die Schweiz, Spanien, Österreich, Luxemburg, Belgien und Polen. Eine Verschlechterung um zwei Rangplätze gab es für die Niederlande.

## Öffentliche Infrastruktur

Der Subindex „Öffentliche Infrastruktur“ erfasst den Umfang und die Qualität der für Familienunternehmen relevanten Leistungen des öffentlichen Sektors. Konkret geht es hier um Leistungen, die die Bereitstellung unternehmensnaher Infrastrukturkomponenten, wie etwa Verkehrsnetzwerke und die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, betreffen. Darüber hinaus sind als Standortmerkma-

le noch Dimensionen des rechtlich-institutionellen Umfeldes relevant, die Fragen der Rechtssicherheit, der öffentlichen Sicherheit und der Korruptionskontrolle angehen.

Die Relevanz einer gut ausgebauten und verlässlichen Transportinfrastruktur als Standortfaktor für Familienunternehmen ist offensichtlich. Nicht nur der Transport von Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffen und unfertigen Erzeugnissen, die in den Fertigungsprozess eingehen, und der Versand von Enderzeugnissen, sondern auch dienstliche Reisen und Wegezeiten von Mitarbeitern verursachen monetäre Kosten und Kosten in Form von Zeitaufwand, die im täglichen Geschäft zu Buche schlagen. Mit dem Teilindikator „Transportinfrastruktur“ werden deshalb die Qualität der Eisenbahn- und Fluginfrastruktur sowie der Ausbau des Straßennetzes berücksichtigt. Kosten im Bereich der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur können durch Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Beantragung und Installation von Neuanschlüssen entstehen, ebenso durch Beeinträchtigungen des Geschäftsbetriebs wegen Störungen und Ausfällen von Verbindungen. Dies betrifft sowohl die klassische Telefon- und Faxinfrastruktur als auch die Internet-Anbindung. Für Unternehmen, die sich für den Vertrieb ihrer Produkte die Möglichkeiten des Internet zunutze machen wollen, sind außerdem Fragen des rechtlichen Konsumentenschutzes im Zusammenhang mit E-Commerce und digitalen Signaturen von Bedeutung. Der Teilindikator „Informations- und Kommunikationsinfrastruktur“ berücksichtigt deshalb Bewertungen des Ausbaus und der Qualität von Telefon-, Fax- und Internetnetzwerken sowie Einschätzungen der rechtlichen Rahmenbedingungen, die für internet-basierte Geschäftstätigkeiten von Bedeutung sind.

Im Bereich der rechtlich-institutionellen Rahmenbedingungen ist zum einen die Frage wesentlich, ob das Rechtssystem bei Streitigkeiten effizient und gemäß transparenter und neutraler Verfahren arbeitet, und inwieweit die Rechtsprechung unabhängig von einflussreichen Personen oder Unternehmen agiert. Ein weiterer wichtiger Themenkomplex ist die Frage nach der Ausgestaltung und dem Schutz von Eigentumsrechten, inklusive Rechte an geistigem Eigentum. Der Teilindikator „Rechtssicherheit“ beinhaltet demzufolge zum einen Einschätzungen der allgemeinen Rechtssicherheit, zum anderen Beurteilungen der gerichtlichen Unabhängigkeit, der Effizienz des Rechtssystems und der Ausgestaltung und des Schutzes von Eigentumsrechten. Im Hinblick auf die politische Stabilität und Kriminalität schlagen in direktem Maße Kosten durch Vandalismus, Einbrüche, Raub auf Transportwegen und ähnliche kriminelle Vorgänge zu Buche. Aber auch Gewalttaten an Personen können zu Beeinträchtigungen des Geschäftsbetriebs durch Ausfälle von Mitarbeitern führen. In den Teilindikator „Kriminalität und politische Stabilität“ werden diese Faktoren durch Beurteilungen der generellen politischen Stabilität, Einschätzungen der durch Verbrechen und Gewalttaten zu erwartenden Geschäftskosten sowie Bewertungen der Verlässlichkeit der Polizei einbezogen. Schließlich wird im Subindex „Öffentliche Infrastruktur“ auch das Ausmaß der Korruption berücksichtigt. Korruption stellt nicht nur im Zusammenhang mit dem Erhalt von öffentlichen Fördermitteln für Investitionsprojekte und Genehmigungen aller Art ein Problem und einen Kostenfaktor dar, sondern kann auch bei Interessenskonflik-

ten oder in rechtlichen Streitigkeiten ein erhebliches Hindernis sein. In den Subindikator „Öffentliche Infrastruktur“ werden deshalb Beurteilungen der allgemeinen Korruptionssituation einbezogen, ebenso wie Einschätzungen von Korruptionsvorfällen, die Unternehmen direkt betreffen, wie Kosten der Korruption für die Geschäftstätigkeit und das Ausmaß von Bestechungen und Favorisierung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und beim Abschluss von Verträgen mit dem öffentlichen Sektor.

In Tabelle 6 ist der Ländervergleich zum Themengebiet „Öffentliche Infrastruktur“ dargestellt. In den Subindex „Öffentliche Infrastruktur“ gehen die Teilindikatoren der unternehmensnahen Infrastruktur „Transportinfrastruktur“ und „Informations- und Kommunikationsinfrastruktur“ mit jeweils einem Viertel, die Teilindikatoren zum rechtlich-institutionellen Umfeld „Rechtssicherheit“, „Kriminalität und politische Stabilität“ und „Korruptionskontrolle“ mit jeweils einem Sechstel Gewicht in die Berechnung ein. Der Subindex liegt im Wertebereich zwischen Null und 100. Hierbei kennzeichnen höhere Werte eine größere Standortattraktivität. Der Subindex liegt im Wertebereich zwischen Null und 100. Hierbei kennzeichnen höhere Werte eine größere Standortattraktivität im Bereich der öffentlichen Infrastruktur.

**Tabelle 6: Subindex Öffentliche Infrastruktur**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010	Punktwert 2008	Rang 2008
Luxemburg	87,74	1	78,36	6
Dänemark	86,77	2	85,87	2
Schweiz	86,26	3	87,31	1
Niederlande	85,10	4	83,32	3
Finnland	80,64	5	80,91	5
Schweden	80,26	6	76,76	7
<b>Deutschland</b>	<b>78,59</b>	<b>7</b>	<b>82,29</b>	<b>4</b>
Österreich	77,49	8	72,28	8
Belgien	65,14	9	65,51	9
Frankreich	60,70	10	58,93	11
Vereinigtes Königreich	57,84	11	60,29	10
Irland	53,77	12	49,90	12
USA	53,70	13	49,88	13
Spanien	34,05	14	40,18	14
Tschechien	30,59	15	22,98	15
Slowakei	19,17	16	17,93	16
Italien	12,14	17	17,85	17
Polen	8,24	18	0,00	18

Quelle: Berechnungen von Calculus Consult

Spitzenreiter der Rangliste sind Luxemburg, Dänemark, die Schweiz und die Niederlande, von denen die letztgenannten drei auch im Vorgänger-Ranking bereits die vorderen drei Plätze belegten. Mit einem Abstand folgen Finnland, Schweden, Deutschland und Österreich, die ebenfalls noch gute Ergebnisse erzielen. Die Schlussgruppe bilden Spanien, die Tschechische und Slowakische Republik sowie Italien und Polen. Besonders die letztgenannten drei Länder weisen einen erheblichen Abstand zum Rest der Rangliste auf.

Die größten Veränderungen in positiver Richtung gab es für Luxemburg, das sich vom sechsten auf den ersten Rang verbessern konnte. Dies ist auf Verbesserungen in allen untersuchten Bereichen außer der Transportinfrastruktur zurückzuführen. Besonders im Bereich der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und der Rechtssicherheit konnte Luxemburg Boden gut machen. Demgegenüber hat Deutschland verglichen mit dem Länderindex 2008 drei Rangplätze verloren. Dies ist vor allem auf schlechtere Bewertungen in der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und der Rechtssicherheit zurückzuführen. Relativ große Verbesserungen in den Bewertungen gab es auch noch für Tschechien und Polen, die sich jedoch aufgrund der großen Abstände zwischen den Ländern in der Schlussgruppe noch nicht in verbesserten Rangplätzen niederschlugen. Eine relative Verschlechterung ist dagegen für die Slowakei festzustellen.

## Index „Krisenanfälligkeit“

Von seiner Grundkonzeption zielt der Länderindex auf Standortfaktoren ab, die mittel- und langfristig für ein Familienunternehmen bedeutsam sind. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat nun gezeigt, dass kurzfristige Schocks diese Langfristfaktoren überlagern oder auch dauerhaft gefährden können. Daher geht diese Studie über eine reine Aktualisierung des Länderindex hinaus. Für den Länderindex 2010 wurde daher ein zusätzlicher Index „Krisenanfälligkeit“ berechnet, der die Verletzlichkeit in Krisensituationen und die Krisenverarbeitungsfähigkeit der betrachteten Ökonomien abbildet.

„Krisenanfälligkeit“ wird bei der Indexkonstruktion nicht nur im Hinblick auf die Anfälligkeit für Finanzmarkt- oder Außenwirtschaftsschocks verstanden. Zusätzlich wird abgebildet, inwieweit ein krisenbetroffenes Land anpassungsfähig ist, um wirtschaftlich und politisch rasch auf neue Bedingungen zu reagieren. Diese zweigleisige Konzeption stellt somit sicher, dass Länder, die beispielsweise in gleicher Weise außenwirtschaftlichen Schocks ausgesetzt sind, unterschiedlich bewertet werden, wenn sie sich etwa in ihrer fiskalischen oder politischen Manövrierfähigkeit unterscheiden. Die breite Konstruktion des Index kommt durch die Wahl der Subindizes zum Ausdruck: In den Index „Krisenanfälligkeit“ gehen die Bereiche „Risikoanfälligkeit der Finanzmärkte“, „Außenwirtschaftliche Krisenanfälligkeit“, „Makroökonomische Stabilität“, „Stabilität der Staatsfinanzen“ und „Reformfähigkeit“ ein. Analog zum Länderindex werden zunächst für jeden dieser Bereiche Subindizes für die Verletzbarkeit in Krisenzeiten berechnet, die anschließend zum Index „Krisenanfälligkeit“ zusammengefasst werden.

Die Ergebnisse des Ländervergleichs auf Basis des so konstruierten Index „Krisenanfälligkeit“ sind in der nachstehenden Tabelle 7 dargestellt. Der Index „Krisenanfälligkeit“ kann Werte zwischen Null und 100 annehmen. Hierbei zeigen höhere Werte eine bessere Stabilität in Krisensituationen und eine höhere Krisenverarbeitungsfähigkeit an.

**Tabelle 7: Index „Krisenanfälligkeit“**

Land	Punktwert 2010	Rang 2010
Dänemark	84,42	1
Finnland	78,98	2
Schweiz	78,97	3
Schweden	70,26	4
<b>Deutschland</b>	<b>66,93</b>	<b>5</b>
Frankreich	61,64	6
Niederlande	55,74	7
USA	55,50	8
Spanien	51,77	9
Österreich	51,71	10
Vereinigtes Königreich	50,20	11
Italien	43,97	12
Belgien	38,51	13
Polen	28,69	14
Tschechien	24,63	15
Irland	20,67	16
Slowakei	12,20	17

Quelle: Berechnungen von Calculus Consult

An der Spitze der Rangliste befinden sich Dänemark, Finnland, Schweden und die Schweiz. In diesen Ländern ist die Robustheit der Volkswirtschaft gegenüber Krisen am höchsten. Diese vier Staaten kombinieren somit Spitzenpositionen im Länderindex mit solchen im Krisenindex und unterstreichen somit die auch in Krisenzeiten unangefochtene Qualität ihrer Standorte. Demgegenüber wirft die wenig günstige Krisenindexposition des Vereinigten Königreichs einen Schatten auf seine gute Position im Länderindex, noch stärker gilt dies für Irland. Auch für die osteuropäischen Staaten werfen sehr schlechte Positionierungen im Krisenindex ernste Fragen zur Nachhaltigkeit ihrer Standortqualitäten auf. Deutschland befindet sich hingegen beim Krisenindex auf einem guten fünften Rang. Besonders in den Bereichen „Außenwirtschaftliche Krisenanfälligkeit“ und „Makroökonomische Stabilität“ kann sich Deutschland positiv hervorheben. Der größte Nachholbedarf besteht im Bereich der Reformfähigkeit.

Insgesamt gehört Deutschland zu denjenigen Ländern, für die die Robustheit in Krisenzeiten einen zusätzlichen positiven Standortfaktor darstellt. Immerhin ergibt sich somit für den deutschen Standort durch die relativ gute Positionierung beim Krisenindikator ein gewisser Ausgleich für die enttäuschende Position im Länderindex.

## Resümee

Betrachtet man die Ergebnisse des Länderindex 2010 in Zusammenschau, so lässt sich die Position des Standorts Deutschland folgendermaßen zusammenfassen. In allen Ländervergleichen zeigt sich, dass die Stärken des deutschen Standorts in den Bereichen „Öffentliche Infrastruktur“ und „Finanzierung“ liegen. Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur fallen besonders die Ergebnisse bei der Transportinfrastruktur und der Korruptionskontrolle günstig aus. Bei der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur, der Rechtssicherheit und im Bereich „Kriminalität und politische Stabilität“ sind die Resultate zwar befriedigend bis gut, aber noch verbesserungsfähig. Im Bereich der Finanzierung erzielt Deutschland vor allem in den Dimensionen „Kreditinformation“ sehr gute Ergebnisse. In den Bereichen „Vertragsdurchsetzung“ und „Gläubigerschutz“ hingegen sind die Resultate wiederum befriedigend bis gut, aber noch verbesserungsfähig.

Die größten Defizite des Standorts Deutschland liegen nach wie vor eindeutig im Bereich der Regulierung und hier vor allem in den Dimensionen „Arbeitsmarktregulierung“, „Tarifrecht“ und „Betriebliche Mitbestimmung“. Befriedigende bis gute Ergebnisse erzielt Deutschland dagegen im Bereich der Produktmarktregulierung und des „Doing Business“. Nachholbedarf für den deutschen Standort besteht außerdem in den Dimensionen „Steuern“ und „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“. In der Dimension „Steuern“ erzielt Deutschland die ungünstigsten Ergebnisse im Bereich der grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeit, gefolgt von der Erbschaftsteuer. Die Ergebnisse bei der Ertragsbesteuerung konnte hingegen infolge der Unternehmenssteuerreform 2008 verbessert werden. Im Hinblick auf die Komplexität des gesamten Steuersystems weist Deutschland bessere Ergebnisse als erwartet auf. Im Bereich „Arbeitskosten, Produktivität, Humankapital“ sind nach wie vor die Arbeitskosten das größte Handicap für den Standort Deutschland. Verschlechterungen gegenüber dem Länderindex 2008 sind außerdem in den Bildungsdimensionen festzustellen.

Im Hinblick auf den neu berechneten Index „Krisenanfälligkeit“ ist festzustellen, dass Deutschland hier vergleichsweise günstige Ergebnisse aufweist und insgesamt besser abschneidet als im Länderindex selbst. Besonders in den Bereichen „Außenwirtschaftliche Krisenanfälligkeit“ und „Makroökonomische Stabilität“ kann sich Deutschland positiv hervorheben. Der größte Nachholbedarf besteht im Bereich der Reformfähigkeit. Insgesamt gehört Deutschland jedoch zu denjenigen Ländern, für die die Robustheit in Krisenzeiten einen zusätzlichen positiven Standortfaktor darstellt.

© Stiftung Familienunternehmen, München 2010

Abdruck und Auszug mit Quellenangabe



[www.familienunternehmen.de](http://www.familienunternehmen.de)



## **Stiftung Familienunternehmen**

Prinzregentenstraße 50  
D-80538 München

Telefon +49 (0) 89 / 12 76 400 02  
Telefax +49 (0) 89 / 12 76 400 09  
E-Mail [info@familienunternehmen.de](mailto:info@familienunternehmen.de)

**[www.familienunternehmen.de](http://www.familienunternehmen.de)**

in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für  
Europäische Wirtschaftsforschung GmbH  
(ZEW), Mannheim